

Bei einer solchen Praxis ist es kein Wunder, daß das Interesse der Dorfbevölkerung bei der Lösung bestimmter Aufgaben mangelhaft ist, wirkt doch diese schlechte Methode der Arbeit geradezu darauf hin, die Menschen davon abzuhalten, ihre Meinung zu äußern und aktiv mitzuarbeiten. Das Beispiel Laubst ist keine Ausnahme. Ähnliche Verhältnisse finden wir noch in vielen anderen Gemeinden.

Die Meinung einiger Genossen, daß die Werktätigen nur mangelhaft daran interessiert wären, aktiv bei der Leitung der staatlichen Aufgaben, im Nationalen Aufbauwerk oder bei der Unterbreitung von Vorschlägen auf den verschiedensten Gebieten mitzuwirken, ist grundfalsch. Das Gegenteil ist richtig. Man braucht nur das Ergebnis des ersten Fünfjahrplans zu betrachten, um sich von der Unrichtigkeit dieser vorgefaßten Meinung zu überzeugen. Es ist aber verständlich, daß die gesellschaftliche Mitarbeit nicht allzugroß sein kann, wenn man über den Kopf der Werktätigen hinweg beschließt und an weist und keine umfassende Diskussion mit Hilfe der Volksvertretungen, der Ständigen Kommissionen und Aktivs darüber entwickelt, wie sich die Werktätigen z. B. die Neugestaltung ihres Dorfes oder ihrer Stadt vorstellen. Theoretisch ist diese Grundfrage der breiten Entfaltung der Demokratie klar, aber in der Praxis wird sie in den meisten Fällen noch nicht beachtet.

Um die Forderungen der 3. Parteikonferenz und den Vorschlag unseres Zentralkomitees an die Nationale Front erfolgreich in das Leben umzusetzen, ist es notwendig, auch das System der Qualifizierung der Abgeordneten besser auszubauen. Die bisherigen Methoden der Stützpunktschulung für die Abgeordneten des Bezirkstags, verbunden mit einem Erfahrungsaustausch, haben sich bereits gut bewährt. In ähnlicher Form sollten auch die Kreise verfahren und planmäßig die Abgeordneten der Kreistage und der Gemeindevertretungen in Stützpunkten des Kreises schulen. Hemmend und nicht fördernd auf die Arbeit der Abgeordneten wirkt sich auch aus, daß eine große Zahl von Abgeordneten mit zu vielen Funktionen belastet ist. Wir haben bereits begonnen, im Bezirk und in den Kreisen in dieser Hinsicht eine Änderung herbeizuführen.

Zur unmittelbaren Hilfe bei der Verbesserung der Arbeit der Volksvertretungen ist nicht nur die Anleitung und Kontrolle durch die gewählten Volksvertretungen der übergeordneten Instanzen notwendig, sondern der Rat des Bezirks und die Räte der Kreise sollten nach einem festgelegten Plan für längere Zeit auch durch verantwortliche Mitarbeiter des Staatsapparats helfen. Diese sollen beratende Hinweise geben, aber in keiner Weise Anordnungen im Zusammenhang mit der Arbeit der Volksvertretungen treffen. Dadurch lernen die Mitarbeiter des Staatsapparats selbst besser die Arbeit der Volksvertretungen kennen, und ihr Verhältnis zur Arbeit und zu den Aufgaben der Volksvertreter wird sich ändern.

Die Aufgabe der Bezirksleitung und der Kreisleitungen der Partei besteht jetzt auch darin, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Ortsparteileitungen zu befähigen, den örtlichen Volksvertretungen wirklich zu helfen. Die Leitungen der Betriebsparteiorganisationen und Betriebsgewerkschaftsleitungen sollten Aussprachen mit den Abgeordneten führen und dabei auch darauf achten, daß die Volksvertreter nicht mit Funktionen überlastet werden. Die Volksvertreter sind tatkräftig zu unterstützen, damit sie diese ihre Hauptfunktion erfolgreich ausfüllen können. Mit Hilfe des Betriebsfunks, der Betriebszeitung und der Dorfzeitung muß die Arbeit der Volksvertreter unterstützt werden, indem man